

gesetzliche Maßnahmen, welche politische und persönliche Freiheitsrechte betreffen, zivilrechtliche Gesetze, Prozeßrecht und Rechtsvollzug sowie andere grundlegende legislative Fragen des politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Systems.

Andererseits wurde argumentiert, daß das System der Autorisierung von Regierungsorganen zur Formulierung administrativer Gesetze und Regelungen als Ergänzung des bestehenden Gesetzgebungssystems eine wichtige Funktion ausübe und grundsätzlich erhalten werden solle. So wurde es als positive Folge dieses Systems betrachtet, daß etwa der Staatsrat Verwaltungsregelungen zu Fragen der Marktwirtschaft, des Versicherungs- oder Steuersystems als Interim-Regelungen bis zur Verabschiedung endgültiger Gesetze durch die ordentlichen legislativen Organe formulieren könne. Erst mit zunehmender Vervollkommnung des nationalen Rechtssystems würde das System der legislativen Autorisierung von Regierungsorganen zukünftig nach und nach an Bedeutung verlieren (RMRB 26.10.99; XNA, 26.10.99; CND, 1.11.99).

Die Debatte reflektiert das Spannungsverhältnis zwischen zwei einander widerstrebenden Zielen: Einerseits wird beabsichtigt, die negativen Folgen der Rechtszersplitterung einzuschränken und ein einheitliches Rechtsgebäude zu schaffen. Hatte das Rechtssystem der VR China traditionell aufgrund einer Vielzahl administrativer Ad-hoc-Regelungen von nur „provisorischem“ (*zanxing*) Charakter an starker Instabilität gelitten, so lassen sich seit den neunziger Jahren Bestrebungen feststellen, die legislative Funktion des Nationalen Volkskongresses und seiner Fachausschüsse substantiell auszubauen und so einen einheitlicheren Gesetzgebungsprozeß zu gewährleisten. Andererseits verlangt insbesondere der wirtschaftliche Transformationsprozeß nach einer stärkeren Flexibilität des Rechtssystems. Wie gerade an den Beispielen des sozialen Versicherungssystems oder des Steuersystems deutlich wird, entsteht mit den wirtschaftlichen Reformen auf zentraler, regionaler und lokaler Ebene ein großer Bedarf an gesetzlichen Neuregelungen, deren Formulierung durch einen langwierigen

parlamentarischen Gesetzgebungsprozeß stark verzögert werden könnte. -hol-

11 Korruptionsbekämpfung im Justizsystem

Offizielle chinesische Medien berichteten Mitte Oktober von den Ergebnissen einer im Juni 1998 begonnenen landesweiten Kampagne zur Bekämpfung von Korruption im Justizsystem.

Danach seien über 20.000 Angehörige aus dem Führungspersonal von Staatsanwaltschaften und Anti-Korruptions-Büros in 3.700 Verwaltungseinheiten auf Bezirks- und Kreisebene in einen umfassenden Screening-Prozeß einbezogen worden. Als Konsequenz aus dem Screening-Prozeß seien im zurückliegenden Jahr 1.179 Führungskräfte aus 1.023 lokalen Volksstaatsanwaltschaften und 839 lokalen Anti-Korruptions-Büros wegen korrupten Verhaltens, fachlicher Inkompetenz oder nicht ordnungsgemäßen Anstellungsverhältnissen entlassen bzw. disziplinarischen Maßnahmen unterzogen worden.

Mit der Untersuchung habe man auf zahlreiche Klagen der Öffentlichkeit über die weite Verbreitung von Korruption auf lokaler Ebene reagiert. Bei der Bekämpfung von Korruption handle es sich nach den Worten Jiang Zemins für die Kommunistische Partei Chinas um eine Frage von „Leben und Tod“ (*Fazhi Ribao*, 12.10.99; vgl. auch CND, 15.10.99). -hol-

12 Preisausschreiben für Computer-„Hacker“

Eine chinesische Internet-Firma in Shanghai hat in- und ausländische Computer-„Hacker“ im Rahmen eines mehrtägigen Preisausschreibens dazu aufgerufen, ein von ihr entwickeltes Netzwerksicherheitssystem zu „knacken“ zu versuchen. Teilnahmeberechtigt seien alle Internetnutzer; wer es schaffe, per Internet in das „Huatang network security defence system“ einzudringen und sich Zugang zu bestimmten Schlüsseldokumenten zu verschaffen, solle eine Prämie von 600 US\$ erhalten.

Die Firma gab an, mit diesem ungewöhnlichen Schritt die Qualität des

Produkts zu testen, dessen Hauptfunktion darin bestehe, ein unbefugtes Eindringen in interne Netzwerke abzuwehren. Eventuelle Mängel des Produkts könnten so rasch beseitigt werden.

Von den Sicherheitsbehörden erhielt das Unternehmen für die Dauer des Preisausschreibens eine Ausnahmeerlaubnis. Nach Öffnen der Website erschien die entsprechende Meldung: „Versuche, in diese Website einzudringen, sind nur während dieser Woche legal.“ (www.netway.net.cn). Vor dem Hintergrund der jüngsten Bemühungen der VR China im Bereich der Informationssicherheit (vgl. C.a., 1999/9, Ü 14) erscheint aber auch die Tatsache bemerkenswert, daß die offizielle Nachrichtenagentur Xinhua selbst für das Preisausschreiben warb (XNA, 12.10.99; vgl. auch FT, 19.10.99). -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

13 Chinas Spitzenuniversitäten

In China wurden kürzlich die fünf besten Universitäten des Landes hinsichtlich wissenschaftlicher Forschung für das Jahr 1998 benannt. Als Maßstab dient wie immer die Zitierhäufigkeit von Forschungsarbeiten der jeweiligen Universität im US Scientific Citation Index, Engineering Index und Index to Science and Technology Proceedings. Wie in den vergangenen Jahren stehen danach die Nanjing-Universität, die Beijing-Universität, die Qinghua-Universität (Beijing), die Chinesische Universität für Wissenschaft und Technik (Hefei) und die Fudan-Universität (Shanghai) an der Spitze. Die Nanjing-Universität hatte mit 552 in internationalen Zeitschriften veröffentlichten Forschungsarbeiten die meisten Artikel zu verzeichnen.

Gemessen an der Zahl der im Jahre 1998 in internationalen wissenschaftlichen Zeitschriften veröffentlichten Arbeiten und der auf internationalen Konferenzen vorgestellten Forschungsarbeiten, rangiert China in der Welt an neunter Stelle. Insgesamt haben

chinesische Wissenschaftler 1998 über 35.000 Forschungsarbeiten veröffentlicht. Doch zählten nur drei Universitäten der VR China zu den 300 besten Universitäten und Hochschulen der Welt, wenn man als Ausgangsbasis die Zahl der veröffentlichten Forschungsarbeiten heranzieht. (XNA, 27.10.99; zum Jahr 1996 vgl. C.a., 1997/12, Ü 19)

Für ein Land wie China mit einer so hohen Bevölkerungsziffer und einer relativ großen Zahl von Universitäten und Hochschulen ist das Ergebnis nicht sonderlich beeindruckend. Deshalb legt China großen Ehrgeiz darin, eine ganze Reihe seiner Universitäten Weltniveau erlangen zu lassen. Die entsprechende Planung soll mit dem „Projekt 211“ verwirklicht werden, das den Ausbau von 100 durch Begutachtung auszuwählenden Universitäten zu Spitzenuniversitäten mit Weltniveau vorsieht (vgl. dazu C.a., 1998/6, Ü 13). -st-

14 Plan für geistes- und sozialwissenschaftliche Forschungsschwerpunkte

Das Bildungsministerium hat im Oktober 1999 einen „Plan zum Aufbau geistes- und sozialwissenschaftlicher Forschungsschwerpunkte an regulären Hochschulen“ erlassen. Absicht des Planes ist es, die geistes- und sozialwissenschaftliche Forschung an den Hochschulen voranzutreiben und die Reform des Wissenschaftssystems umzusetzen. Im Rahmen dieses Planes soll in diesem Jahr damit begonnen werden, etwa 100 Forschungszentren auf zentralstaatlicher Ebene nach und nach zu überprüfen und ggf. für die Aufnahme in den Plan vorzusehen. Die Gesamtplanung sieht wie folgt aus: Bis 2001 sollen die in den Plan aufgenommenen Forschungsschwerpunkte eine deutliche Vorrangstellung in der Forschung und ein deutliches Forschungsprofil haben; bis 2005 sollen alle Forschungsschwerpunkte in bezug auf das Niveau ihrer gesamten Forschung und in bezug auf ihre Fähigkeit, an wichtigen Politikentscheidungen mitzuwirken, national eine führende Position einnehmen; wiederum einige Jahre später sollen sie hohes internationales Ansehen gewonnen haben.

Diese Ziele sollen in drei Schritten erreicht werden: 1. In den Jahren 1999 und 2000 sollen nacheinander 100 Forschungsschwerpunkte zur Aufnahme in den Plan ausgewählt werden. Der Schwerpunkt der Arbeit liegt auf der Auswahl und Festlegung der Schwerpunkte, und zwar auf der Grundlage der Vertiefung der Reform des Forschungssystems. 2. Zwischen 2001 und 2005 sollen die Forschungsschwerpunkte durch Maßnahmen wie Organisation wichtiger Forschungsprojekte, verstärkte Investitionen in den Forschungsbereich und dynamische Kontrollen und Begutachtung in die Lage versetzt werden, Aufgaben wie Systemreform, Forschung und Ausbildung, Wissenschaftsaustausch und Beratungsdienste umfassend durchzuführen. In bezug auf ihr Forschungsniveau sollen sie bis 2005 national eine führende Stelle einnehmen und ihre Fähigkeit, an wichtigen politischen Entscheidungen mitzuwirken, deutlich erhöht haben. Der Schwerpunkt der Arbeit in dieser Phase liegt darauf, die Aufbauziele zu erreichen und solche Schwerpunkte, die nach Kontrolle und Begutachtung die Ziele nicht erreicht haben, auszuschneiden und zu ersetzen. 3. In den Jahren ab 2006 sollen Gesamtniveau und -stärke der Schwerpunkte, die sich in Phase 2 bewährt haben, einen qualitativen Sprung auf eine neue Ebene machen. (Vgl. GMRB, 15.10.99, S.2)

Mit diesem Plan soll die geistes- und sozialwissenschaftliche Hochschulforschung gefördert und auf ein internationales Niveau angehoben werden. Dies ist ausdrücklich zu begrüßen, denn bislang wurden die Geistes- und Sozialwissenschaften gegenüber den Naturwissenschaften deutlich vernachlässigt. Erst in den letzten Jahren hat die politische Führung deren Bedeutung erkannt, nicht nur im Hinblick auf Politikberatung, sondern auch, weil man erkannt hat, daß die Geistes- und Sozialwissenschaften Antworten auf die durch die Modernisierung und Globalisierung entstandenen Probleme geben können. Das Programm scheint in Analogie zu dem 1995 ins Leben gerufenen „Projekt 211“ (vgl. dazu C.a., 1995/11, Ü 18 u. 1998/6, Ü 13) aufgelegt worden zu sein. In das „Projekt 211“ werden 100 Universitäten ebenfalls durch strenge Evaluierungsverfahren aufge-

nommen, um sie auf Weltniveau zu bringen. Offensichtlich geht es bei dem Projekt nur um naturwissenschaftlich-technische Fakultäten und Fächer, sonst erübrigte sich der neue Plan für die Geistes- und Sozialwissenschaften. Beide Pläne haben die Anhebung des Forschungsniveaus und die Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit der Hochschulforschung Chinas mit derjenigen an den Spitzenuniversitäten der Welt zum Ziel. -st-

15 Abschaffung nichtstaatlicher Lehrer

Eine Besonderheit des chinesischen Schulwesens, die sog. *minban*-Lehrer, werden bald endgültig der Vergangenheit angehören. Sie waren eine Erscheinung des maoistischen Bildungssystems, als die untersten Verwaltungsebenen, auf dem Lande die Volkskommunen bzw. Gemeinden, für das Bildungswesen eigene Verantwortung trugen. Die Volkskommunen waren neben der Einrichtung und Finanzierung ihrer Schulen, die als „vom Volk betriebene“ (*minban*) Schulen bezeichnet wurden, auch für die Rekrutierung von Lehrern verantwortlich; wegen des Lehrermangels war die Einstellung nicht qualifizierter Kräfte weit verbreitet; vielfach wurden Leute zu Lehrern gemacht, die gerade einmal ein bißchen lesen, schreiben und rechnen konnten. Mit der 1985 eingeleiteten Bildungsreform wurde die Abschaffung dieser Lehrer ins Auge gefaßt. Auf der 2. nationalen Bildungskonferenz 1994 wurde das Ziel festgelegt, die *minban*-Lehrer bis zum Ende des Jahrhunderts abzuschaffen. Im Jahre 1997 wies der Staatsrat per Erlaß die Regierungen aller Ebenen an, konkrete Pläne zur Erreichung des Ziels zu formulieren (vgl. C.a., 1994/11, Ü 16 u. 1997/9, Ü 15).

Jetzt ist die Abwicklung der *minban*-Lehrer in die letzte Phase eingetreten. Die Zentralregierung hat kürzlich verfügt, in den Jahren 1999 und 2000 250.000 *minban*-Lehrer zu öffentlich finanzierten Lehrern zu machen. Voraussetzung ist allerdings, daß sie eine entsprechende Qualifikation vorweisen können, d.h. sie müssen eine pädagogische Ausbildungseinrichtung absolviert haben. Mit dieser Maßnahme wird das Problem fristgerecht aus der

Welt geschafft sein. (RMRB, 29.10.99, S.4)

Es wird darauf hingewiesen, daß diese Lehrer lange Zeit unter bestimmten Bedingungen ein wichtige Funktion ausgeübt haben, insbesondere in den ländlichen Gebieten. 1977 soll sich die Zahl der Grund- und Mittelschullehrer, die an *minban*-Schulen tätig war, auf 4,91 Millionen belaufen haben. In den vergangenen beiden Jahrzehnten hat man sich um deren Abbau bemüht, und zwar mit folgenden Maßnahmen: Qualifizierte Lehrer konnten eine Prüfung ablegen und dann ins öffentliche Schulsystem übergeleitet werden. Andere erhielten Gelegenheit zu Fortbildung, wobei die pädagogischen Ausbildungsstätten angewiesen wurden, einen bestimmten Anteil ihrer Studenten aus den *minban*-Lehrern zu rekrutieren. Ungeeignete Lehrer wurden in den Ruhestand geschickt oder entlassen. Diese Maßnahmen standen im Einklang mit der Einführung von Qualifikationsstandards für Lehrer aller Schulstufen. Auf diese Weise konnte der Anteil der *minban*-Lehrer in den vergangenen Jahren schrittweise gesenkt werden. Mittlerweile hat der überwiegende Teil dieser Lehrer das vorgeschriebene Ausbildungsniveau erreicht und wird auch entsprechend besser bezahlt. (Ebd.)

Wenn China das Ziel der Abschaffung der nichtstaatlichen Lehrer bis Ende 2000 erreicht, dann wäre das eine große Leistung, bedenkt man, daß es bei Beginn der Reformphase fast 5 Millionen solcher unqualifizierter Lehrer gab. Sie stellten eine schwere Erblast für das gesamte Bildungswesen dar. Ob gegenwärtig allerdings schon alle nominell in den Status öffentlich finanziierter Lehrer gehobenen Kräfte in den Genuß höherer Gehälter kommen, ist eine andere Frage. Denn das Problem von Rückständen bei der Auszahlung der Lehrergehälter ist in manchen Gegenden immer noch nicht gelöst. -st-

16 Deutsche Wissenschaftler in der Ethikkommission des Humangenom-Forschungszentrums in Shanghai

Das im Jahre 1998 gegründete Staatliche Südchinesische Humangenom-

Forschungszentrum in Shanghai hat eine sieben Mitglieder zählende Ethikkommission eingerichtet. Als Mitglieder wurden u.a. drei Ausländer bestellt: eine Amerikanerin, Prof. Dorothy Wertz, Boston, und zwei Deutsche, Prof. Dr. Hans-Martin Sass vom Institut für Philosophie der Ruhr-Universität Bochum und Prof. Dr. Paul U. Unschuld, Direktor des Instituts für Geschichte der Medizin an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Prof. Sass war 1993-96 Mitglied des International Bioethics Committee der UNESCO und hat maßgeblich an der Formulierung der UNESCO-Erklärung zum Schutz des menschlichen Genoms mitgewirkt. Prof. Unschuld wurde aufgrund seiner vergleichenden Studien zur Geschichte der medizinischen Ethik in China und Europa in die Kommission berufen. Das Staatliche Südchinesische Humangenom-Forschungszentrum ist mit etwa 0,5 Prozent in die internationale Kooperation der Entschlüsselung des gesamten menschlichen Genoms eingebunden. Darüber hinaus beschäftigt es sich mit der molekulargenetischen Erforschung solcher Erbkrankheiten, die unter Asiaten weiter verbreitet sind als unter Europäern und Amerikanern. Die Öffnung der Ethikkommission für Mitglieder aus dem Ausland verdeutlicht das Interesse der chinesischen Seite, in den internationalen überkulturellen Diskurs über die Chancen, Risiken und ethischen Grundlagen der Genforschung eingebunden zu sein.

Die Gründung der Ethikkommission erfolgte anlässlich des „Zweiten deutsch-chinesischen interdisziplinären Symposiums über Medizinethik in China“, das vom 19.-23. Oktober 1999 in Shanghai stattfand. Es war Teil des von der Dr. Helmut Storz-Stiftung unterstützten und am Institut für Asienkunde durchgeführten Projekts zum Thema „Neue Medizin und Ethik in China“. Vorausgegangen war ein erstes Symposium im Frühjahr 1998 in Hamburg. Kooperationspartner auf chinesischer Seite war die Zweite Medizinische Universität in Shanghai, auf deren Campus die Tagung stattfand. Das Symposium, das die in Hamburg begonnene Diskussion im Rahmen eines internationalen Symposiums auf chine-

sischem Boden fortsetzen sollte, befaßte sich mit Medizinethik in der klinischen Medizin, in der medizinischen Theorie und Forschung sowie in der medizinischen Ausbildung. Das übergeordnete Ziel dieser Symposien ist es, Methoden zur Verständigung über medizinische Fragen und über Wege zur Verbesserung der diesbezüglichen realen Situation in China zu finden. Erstmals wurden in Shanghai neben der Fachdiskussion auch medizinische Falldiskussionen einbezogen, die sich als besonders vielversprechend für die künftige problemorientierte Zusammenarbeit erwiesen. Im Zentrum des Symposiums, an dem die Mitglieder der Ethikkommission teilnahmen, standen die Spannungen zwischen kulturspezifischer und globalisierter Ethik in der Medizin, die Problematik eugenischer Gesetzgebung sowie Fragen der kommerziellen und nicht kommerziellen Nutzung des menschlichen Genoms.

Das Staatliche Südchinesische Humangenom-Forschungszentrum in Shanghai gehört zur Chinesischen Akademie der Wissenschaften und wird hauptsächlich vom Wissenschaftsministerium, der Shanghai-Regierung sowie aus Mitteln des High-Tech-Programms „Plan 863“ und der Nationalen Wissenschaftsstiftung Chinas unterstützt. -st-

17 Konfuzianismus-Konferenz

Im Anschluß an die offiziellen Feierlichkeiten zu Konfuzius' 2550. Geburtstag (vgl. C.a., 1999/9, Ü 21) fand im Oktober in Beijing unter internationaler Beteiligung eine wissenschaftliche Konferenz über den Konfuzianismus statt. Veranstalter war die Internationale Konfuzianismus-Gesellschaft, deren Ehrenvorsitzender der Staatsmann Lee Kuan Yew aus Singapur ist. Er selbst war nicht anwesend, hatte aber eine schriftliche Botschaft übermittelt. Von chinesischer Seite erhielt die Konferenz durch die Teilnahme des Kulturministers Sun Jiazheng und des Präsidenten der Gesellschaft Gu Mu, vor allem aber durch die Begrüßungsansprache des Vorsitzenden der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes, Li Ruihuan, einen offiziellen Anstrich (vgl. GMRB, 10.10.99, S.1).

Die Ausführungen Li Ruihuans bestätigten die grundsätzlich positive Bedeutung, die die politische Führung heute Konfuzius und dem Konfuzianismus zuteil werden läßt. Doch lassen die offiziellen Verlautbarungen auch erkennen, in welchem Maße der Konfuzianismus relativiert und instrumentalisiert wird. So hob Li Ruihuan in seiner Rede würdigend hervor, daß der Konfuzianismus das Fundament der traditionellen chinesischen Kultur bilde, daß er für die Entstehung und Einnigung der chinesischen Nation, für die Stabilität und das Selbstbewußtsein der Chinesen eine unersetzbare Funktion habe, daß er für den Fortschritt und die Entwicklung der Weltzivilisation einen besonders wichtigen Beitrag geleistet habe und über Zeit- und Staatsgrenzen hinweg großen Einfluß ausübe. Zugleich machte er deutlich, daß man zwar von der Weisheit der Philosophen des Altertums lernen könne, daß man sich aber angesichts der mannigfaltigen Probleme und Widersprüche, denen man sich an der Schwelle zum neuen Jahrhundert gegenübersehe, in erster Linie auf den Verstand und die Fachkenntnisse heutiger Menschen verlassen werde. Er rief die Forschung dazu auf, den Konfuzianismus für die Gegenwart zu nutzen, die Essenz als das zu Übernehmende herauszufiltern und das Wertlose abzustoßen.

Die meisten chinesischen Wissenschaftler, die auf der Konferenz sprachen, hoben ebenfalls die „nützliche“ Funktion des Konfuzianismus hervor, d.h. sie suchten nach Übereinstimmungen zwischen konfuzianischen Positionen und gegenwärtigen politischen Zielen. In diesem Sinne wurde z.B. die Auffassung, daß alle Menschen eine große Familie bildeten, als dienlich für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und harmonischer Beziehungen zwischen den Völkern angesehen. Das konfuzianische Streben nach Harmonie könne Konflikte zwischen den Zivilisationen vermeiden, so hieß es unter Verweis auf Huntingtons These vom „clash of civilizations“. Hinter solchen Aussagen steht jedoch nicht der Gedanke, daß alle Kulturen auf dem gemeinsamen Grund eines universellen Wertesystems stehen, sondern es wird daraus abgeleitet, daß die chinesische Kultur ihre Besonderheiten habe und gleichwertig neben

den anderen Weltkulturen stehe. Damit wird ein Plädoyer für die Koexistenz der Weltkulturen abgegeben, in der die unterschiedlichen Kulturen respektiert werden, d.h. die Unterschiede bestehen bleiben und anerkannt werden sollen.

Mehrere Wissenschaftler sprachen einen zweiten großen Komplex an, für den der Konfuzianismus als nützlicher Ausgangspunkt betrachtet wird, nämlich die Frage des Umweltschutzes. Sie wiesen darauf hin, daß der Konfuzianismus immer die Harmonie zwischen Mensch und Natur betont habe. Er sei gegen die Zerstörung der Natur und Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und fordere den Schutz von Tieren und Pflanzen. Ein Wissenschaftler (Prof. Chen Zenghui von der Universität Shanghai) gab sogar seiner Hoffnung Ausdruck, der Konfuzianismus könne künftig zum Antriebsmotor einer nachhaltigen Entwicklung werden. (Vgl. XNA, 11. u. 14.10.99) In Ansichten wie dieser könnten Ansatzpunkte für eine Wiederentdeckung des Konfuzianismus als eine geistige Kraft gesehen werden. Bislang allerdings gibt es für eine solche Entwicklung keine Anhaltspunkte, d.h. es handelt sich um vereinzelte Äußerungen von Wissenschaftlern, die zumindest bislang in China keine gesellschaftliche Basis haben.

Äußerungen, die in eine ähnliche Richtung weisen, d.h. den Konfuzianismus für eine lebendige Kraft halten, kommen denn auch eher von Auslandschinesen und Ausländern. Bekannt sind vor allem die Bestrebungen Tu Weimings, Professor an der Harvard-Universität, der sich seit Jahren für eine Renaissance des Konfuzianismus einsetzt. Auf einem weiteren Konfuzianismus-Symposium, das im Anschluß an die genannte Konferenz in Wuhan stattfand, stützte er seine positive Sicht des Konfuzianismus auf neue Textfunde, die 1993 auf Bambusstreifen in der Provinz Hubei auf dem Boden des Staates Chu aus der Zeit vor der Reichseinnigung (221 v.Chr.) zutage gefördert worden waren. Diese Texte, so heißt es, gäben die konfuzianischen und daoistischen Ideen unverfälscht in ihrer ursprünglichen Form wieder. Tu Weiming zufolge spiegeln sich in diesen Texten die konfuzianischen Grundwerte wider, wie sie bis heute Geltung hät-

ten. (XNA, 19.10.99) Auch für Lee Kuan Yew aus Singapur sind konfuzianische Werte in Ostasien noch lebendig. In seiner Grußbotschaft wies er darauf hin, daß die „konfuzianischen Länder“, wie er sich ausdrückte, die Folgen der asiatischen Finanzkrise besser überstehen könnten als andere Länder, und zwar aufgrund solcher konfuzianischen Werte wie hartes Arbeiten, Sparsamkeit, Opferbereitschaft und Wertschätzung für Bildung. (XNA, 11.10.99) Damit erwies er sich wiederum als Verfechter „asiatischer Werte“, die die chinesische Führung, wenn auch mit anderem Schwerpunkt, ebenfalls für China reklamiert. -st-

18 Verändertes Rechtsbewußtsein

Ein Beijinger Gericht hat kürzlich ein wegweisendes Urteil gesprochen, indem es Homosexualität als abnorm und für die Öffentlichkeit als unakzeptabel bezeichnet hat. Es war das erste Mal, daß sich ein Gericht der VR China mit Homosexualität befaßt hat. Der Tatbestand der Homosexualität ist in China gesetzlich nicht geregelt. Folglich wurde auch nicht er vor Gericht verhandelt, sondern eine Klage wegen Verleumdung. Der Kläger hatte einen Buchautor und einen Verlag beklagt, weil er in einem Buch über Homosexuelle in China zwar nicht namentlich genannt, aber unmißverständlich beschrieben worden und ihm dadurch großer Schaden entstanden war. Die Richterin gab dem Kläger Recht. Aufgrund ihres Urteils, daß Homosexualität abnorm und gesellschaftlich unakzeptabel sei, verurteilte sie die Beklagten zur Zahlung von Schadenersatz an den Kläger. Die Beklagten wollen in die Berufung gehen, weil sie der Meinung sind, es sei Aufgabe von Ärzten, nicht von Richtern, die Abnormalität von Homosexualität zu bestimmen. Schließlich habe die Weltgesundheitsorganisation Homosexualität aus der Liste der Krankheiten genommen. (SCMP, 13.19.99) Bemerkenswert ist, daß das Urteil zugunsten des Klägers ausfiel, obwohl immerhin die Möglichkeit bestand, daß der Kläger homosexuell war. Dieses spielte jedoch keine Rolle. Was nicht gesetzlich geregelt ist, kann auch nicht bestraft werden. Für das Gericht war nur über

den Tatbestand der Verleumdung zu entscheiden.

Ein anderer Fall, der in gleicher Weise wie der geschilderte Fall auf eine Stärkung des Rechtsbewußtseins hindeutet, betrifft zwei Männer, die in Chengdu ein Teehaus für Homosexuelle betrieben. Sie wurden verhaftet, doch wurde keine Anklage erhoben, weil die Anklagebehörde sich nicht sicher war, wie mit dem Fall umzugehen sei. Zwar wurde Beweismaterial sichergestellt, das angeblich keinen Zweifel daran ließ, daß in dem Teehaus sexuelle Dienste angeboten und dafür bezahlt wurde, doch sah sich die Anklage außerstande zu entscheiden, ob Sex unter Homosexuellen als Prostitution angesehen werden kann. (SCMP, 14.10.99) Prostitution ist in China gesetzlich verboten; jedoch fehlt eine gesetzliche Regelung homosexueller Prostitution. Auch in diesem Fall wurde nicht nach moralischen Kriterien, sondern allein aufgrund der Rechtslage entschieden. -st-

Japan einer verschärften asiatischen Konkurrenz gegenübersehen würden, insbesondere bei Textilien, Bekleidung und Spielzeug.

Exporte in die USA stiegen in den ersten neun Monaten um 10,7%, nach Japan um 6,7% und nach Südkorea um 19,5%. (XNA, 14.10.99) Aufgrund der positiven Exportentwicklung in den nächsten Monaten prognostizieren einige Ökonomen bereits einen Außenhandelsüberschuß für China in Höhe von rd. 30 Mrd. US\$. Da die Exportunternehmen am stärksten für eine Abwertung plädiert hatten, würde bei einem derart hohen Überschuß die Notwendigkeit für eine Devaluierung schwinden. (SCMP, 18.10.99)

Nach Angaben des Zentralbankpräsidenten Dai Xianglong in einem Gespräch mit Larry Summers, dem US-amerikanischen Finanzsekretär, ist weder in den verbleibenden Monate d.J. noch im Jahr 2000 mit einer Abwertung der Währung zu rechnen. (FT, 26.10.99; XNA, 14.10.99) -schü-

stitutionen lag im Dienstleistungssektor. Das Volumen der während Staatsbesuchs von Jiang Zemin unterzeichneten Wirtschaftsverträge wird mit 3,5 Mrd. £ angeben.

Im bilateralen Handel spielt Großbritannien allerdings nicht so eine bedeutende Rolle und weist ein hohes Defizit gegenüber China auf. Im Jahre 1998 standen britischen Exporten nach China im Werte von rd. 1 Mrd. £ Importe in Höhe von 2,9 Mrd. £ gegenüber. Der Präsident des China-Britain Council, Charles Powell, kündigte es als mittelfristiges Ziel an, Deutschland als wichtigsten Exporteur im Handel mit China zu überholen. (XNA, 21.10.99; HB, 21.10.99; NZZ, 22.10.99; NfA, 22.10.99) -schü-

21 Zunahme chinesischer Investitionsaktivitäten im Ausland

In seiner Eröffnungsrede zum „99 Fortune Global Forum“ in Shanghai Ende September 1999 forderte Staatspräsident Jiang Zemin die chinesischen Unternehmen auf, aktiver im Ausland zu werden und an internationaler Wettbewerbsfähigkeit zu gewinnen.

Zu den chinesischen Unternehmen, die bereits erfolgreich im Ausland operieren, zählt die in Qingdao beheimatete Haier-Gruppe. Haier zählt zu den führenden chinesischen Unternehmen der Konsumelektronik und begann 1995 mit seiner Internationalisierung. Zwischen 1995 und 1998 stieg der Anteil von Haier im Vergleich zu den 500 größten multinationalen Unternehmen bereits beträchtlich an und lag 1998 bei rd. einem Viertel des Outputs des kleinsten der 500 führenden multinationalen Unternehmen. Um weiter an internationaler Bedeutung zu gewinnen, ist nach Einschätzung der Haier-Unternehmensleitung insbesondere die Absorbierung moderner Technologie multinationaler Unternehmen erforderlich.

Zu den sechs chinesischen Unternehmen, die bei ihrem Schritt auf die ausländischen Märkte von der Regierung unterstützt werden, zählen neben Haier die Unternehmen Baoshan Iron and Steel, Beijing University Founder Group Corp., Huabei Pharmaceutical, Sichuan Changhong und Jiangnan

Außenwirtschaft

19 Exportüberschuß reduziert Abwertungsdruck

Der bis zum 3. Quartal d.J. erreichte Außenhandelsüberschuß von 19,4 Mrd. US\$ wird die Wahrscheinlichkeit weiter reduzieren, daß China seine Währung abwerten wird.

Obwohl die Exporte lediglich um 2,1% bis Ende September zunahmen, und während die Importe um 19,3% stiegen, standen wertmäßige Ausfuhren in Höhe von 137 Mrd. US\$ Einfuhren von 117,6 Mrd. US\$ gegenüber.

Im September verzeichneten die Exporte eine Zunahme um 20,2% auf 18,6 Mrd. US\$. Seit August gibt es wieder Exportzuwächse, während in den ersten sechs Monaten d.J. die Ausfuhren rückläufig gewesen waren.

Einer Analyse des MOFTEC zufolge kann die Zunahme der Exporte im wesentlichen auf eine Erholung in den asiatischen Nachbarländern zurückgeführt werden. Allerdings wies MOFTEC auch darauf hin, daß die chinesischen Ausfuhren sich in den USA und

20 Mehr britische Investitionen in China

Ende Oktober besuchte der chinesische Staats- und Parteichef Jiang Zemin Großbritannien. Während seines Besuchs wurden auch wirtschaftliche Aspekte angesprochen wie die Aufnahme Chinas in die WTO und eine Ausweitung britischer Investitionen in China. So nahm Jiang Zemin an der Unterzeichnung verschiedener Abkommen mit britischen Unternehmen teil. Zur Erleichterung des Engagements britischer Unternehmen in China wurde außerdem eine Kreditvereinbarung zwischen der Bank of China sowie der Standard Chartered und der HSBC abgeschlossen. Die Vereinbarung sieht vor, daß britische Unternehmen von beiden Banken jeweils Kredite mit einem Volumen von jeweils rd. 3 Mrd. RMB (ca. 340 Mio. Euro) in chinesischer Währung erhalten können.

Großbritannien ist der wichtigste europäische und im internationalen Vergleich der sechste größte Investor in China. Bis Ende 1998 lag das Investitionsvolumen Großbritanniens (keine Angabe, ob es sich um realisierte oder zugesagte Investitionen handelt) bei rd. 13 Mrd. £; der Schwerpunkt der Inve-